

R W L

Verwaltungs- und Beteiligungs- AG

Bremen

WKN 778630

G e s c h ä f t s b e r i c h t 2006

Inhalt

	Seite
• Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung, Tagesordnung	3
• Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006	5
• Lagebericht für das Geschäftsjahr 2006	11
• Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	12
• Bericht des Aufsichtsrats zum 31. Dezember 2006	13

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG

Bremen

WKN 778630

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der am Freitag

dem 3. August 2007, 11.00 Uhr,

in den Räumen des Hotels Berlin, Lützwowplatz 17, 10785 Berlin

stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG zum 31.12.2006 nebst Lagebericht und dem Bericht des Aufsichtsrats

2. Bericht des Vorstands zum abgelaufenen Geschäftsjahr

3. Beschlussfassung über die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2006

Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, dem Vorstand Entlastung für das Geschäftsjahr 2006 zu erteilen.

4. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2006

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats Entlastung für das Geschäftsjahr 2006 zu erteilen.

5. Wahlen zum Aufsichtsrat

Die Amtszeiten der Herren Johannes Beelen und Hans-Jörg Simon enden mit Beendigung der Hauptversammlung vom 03.08.2007. Der Aufsichtsrat setzt sich gemäß §§ 96 Abs. 1, 101 Abs. 1 AktG aus Aufsichtsratsmitgliedern der Aktionäre zusammen. Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge für die von den zu wählenden Mitgliedern des Aufsichtsrates nicht gebunden. Der Aufsichtsrat schlägt der Hauptversammlung vor, Herrn Dipl.-Kfm. Johannes Beelen, Solingen, sowie Herrn Dipl.-Volksw. Hans-Jörg Simon, Bergisch Gladbach, mit Wirkung zum Ende der Hauptversammlung vom 03.08.2007 bis zum Ende der Hauptversammlung zu wählen, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2010 beschließt. Die Herren sind in folgenden weiteren Aufsichtsräten oder Kontrollgremien vertreten: Herr Beelen ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der Böwe System AG, Augsburg, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Meridio AG, Köln, Mitglied des Aufsichtsrats der Rheinische Grundbesitz AG, Mülheim, Mitglied des Beirats der Jaguar Stahlwarenfabrik GmbH & Co. KG, Solingen und Mitglied des Board of Directors Arcos Hermanos S. A., Albacete, Spanien. Herr Simon ist Vorsitzender des Verwaltungsrats der INDEXA Inmobiliaria S. A., Madrid.

6. Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2007

Der Aufsichtsrat schlägt vor, die WK Wirtschaftsberatungskanzlei Queling GmbH - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Europaallee 10, 67657 Kaiserslautern, als Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2007 zu bestellen.

Teilnahme an der Hauptversammlung

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 5. Werktag vor dem Versammlungstag, wobei der Samstag nicht als Werktag gilt, also bis zum Ablauf des 27. Juli 2007 (24.00 Uhr) - z.Hd. BOTAG Bodentreuhand- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Bayreuther Straße 35, 10789 Berlin - oder der nachstehend genannten Hinterlegungsstelle hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Hinterlegungsstelle ist die Deutsche Bank mit allen ihren Niederlassungen.

Darüber hinaus kann die Hinterlegung bei einem Notar oder einer Wertpapiersammelbank erfolgen. In diesem Fall ist die Bescheinigung hierüber spätestens am ersten Werktag nach dem Ablauf der Hinterlegungsfrist, also am 30. Juli 2007, bei der Gesellschaft einzureichen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind auch diejenigen Aktionäre berechtigt, die der Deutsche Bank AG unter der nachfolgend genannten Adresse einen von ihrem depotführenden Institut in Textform erstellten besonderen Nachweis ihres Anteilsbesitzes (so genannte Bankbescheinigung) an der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG Bremen übermitteln:

**Deutsche Bank AG
General Meetings
Taunusanlage 12
60272 Frankfurt am Main**

Der Nachweis muss sich auf den Beginn des 13. Juli 2007 (0:00 h) beziehen und der Deutsche Bank AG spätestens am 30.07.2007 zugehen.

Von der Hinterlegungsstelle werden gegen Hinterlegung der Aktien Eintrittskarten ausgestellt, die zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigen.

Fragen auf der Hauptversammlung

Aktionäre, die auf der Hauptversammlung Fragen stellen möchten, werden gebeten, uns die Fragen möglichst vor der Hauptversammlung schriftlich per Adresse BOTAG Bodentreuhand- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Bayreuther Straße 35, 10789 Berlin, mitzuteilen. Die Fragen können dann eingehend bearbeitet und beantwortet werden.

Bevollmächtigung

Das Stimmrecht kann auch durch einen Bevollmächtigten oder durch eine Vereinigung von Aktionären ausgeübt werden.

Geschäftsbericht

Der Geschäftsbericht für das Jahr 2006 liegt am Tag der Hauptversammlung in ausreichender Anzahl aus und kann vorab bei der Gesellschaft angefordert bzw. im Internet unter www.rwl-ag-bremen.de eingesehen werden.

Bremen im Juni 2007

Der Vorstand

BILANZ zum 31. Dezember 2006

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen

AKTIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00		22.680,19
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>0,00</u>		<u>307,10</u>
		0,00	22.987,29
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		15.017,64	0,00
B. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		191.646,81	169.440,13
		<u>206.664,45</u>	<u>192.427,42</u>

BILANZ zum 31. Dezember 2006

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen

PASSIVA

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		2.607.588,59	2.607.588,59
II. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage		260.758,86	260.758,86
III. Bilanzverlust		3.059.994,26-	3.037.787,58-
nicht gedeckter Fehlbetrag		191.646,81	169.440,13
		<hr/>	<hr/>
buchmäßiges Eigenkapital		0,00	0,00
B. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		5.100,00	4.600,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		18.387,29
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 0,00 (Euro 18.387,29)			
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	<u>201.564,45</u>		<u>169.440,13</u>
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 201.564,45 (Euro 169.440,13)		201.564,45	187.827,42
- davon mit Rangrücktritt 191.646,81 (Euro 169.440,13)			
		<hr/>	<hr/>
		206.664,45	192.427,42
		<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2006 bis 31.12.2006

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. sonstige betriebliche Erträge		0,00	1.336,69
2. sonstige betriebliche Aufwendungen		15.006,05	14.765,48
3. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen Euro 99,42 (Euro 0,00)		99,42	1.198,88
4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon an verbundene Unternehmen Euro 7.223,74 (Euro 5.866,42)		<u>7.300,05</u>	<u>7.254,63</u>
5. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		22.206,68-	19.484,54-
6. außerordentliche Erträge	0,00		22.680,19
7. außerordentliche Aufwendungen	<u>0,00</u>		<u>37.863,19</u>
8. außerordentliches Ergebnis		0,00	15.183,00-
9. Jahresfehlbetrag		22.206,68	34.667,54
10. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		3.037.787,58	3.003.120,04
11. Bilanzverlust		<u><u>3.059.994,26</u></u>	<u><u>3.037.787,58</u></u>

ANHANG zum 31.12.2006

**RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG
Bremen**

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen, wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Nach § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB gilt die Gesellschaft als große Kapitalgesellschaft.

II. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung einschließlich der Vornahme steuerrechtlicher Maßnahmen

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen, wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des Aktiengesetzes zu beachten.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

III. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen

Der Posten sonstige Rückstellungen enthält die Rückstellung für Abschluss und Prüfung des Geschäftsjahres 2006.

Angaben und Erläuterungen zu den sonstigen betrieblichen Aufwendungen

Im Posten sonstige betriebliche Aufwendungen sind im wesentlichen die Kosten für die Hauptversammlung, Rechts- und Beratungskosten sowie die Abschluss- und Prüfungskosten enthalten.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag dieser Verpflichtungen beläuft sich auf EUR 143.249,42.

Mit der Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH wurde in den Jahren 2001 und 2005 ein Ertragszuschuss in Höhe von insgesamt Euro 143.249,42 vereinbart und mit einer Besserungsabrede versehen. Die RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen, ist nach dieser Ertragszuschussvereinbarung verpflichtet, den Ertragszuschuss von Euro 143.249,42 nebst Zinsen von 5 % p.a. auf schriftliche Anforderung zurückzuzahlen, sobald und soweit sie einen entsprechenden Jahresüberschuss oder Liquidationsüberschuss erzielt, sie über ausreichende Liquidität verfügt und die Rückzahlung nicht gegen zwingende Regeln des Aktienrechts verstößt.

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Zur Abwendung der insolvenzrechtlichen Überschuldung der Gesellschaft zum 31.12.2006 hat die Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH durch vier Darlehen aus den Jahren 2002 bis 2006 in Höhe von insgesamt maximal Euro 260.000,00 (Ausweis zum 31.12.2006 Euro 191.646,81) einen Rangrücktritt auch im Falle der Insolvenz der Gesellschaft in voller Höhe erklärt. Danach tritt die Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH mit ihrer Forderung unwiderruflich hinter sämtliche Forderungen derzeitiger und künftiger Gläubiger zurück, solange und soweit die RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG überschuldet ist. Die Gesellschaft hat sich verpflichtet, das Darlehen zurückzuzahlen, sobald die Überschuldung beseitigt und die Zahlung aus freiem Vermögen möglich ist.

IV. Sonstige Pflichtangaben

Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates

Einzigter **Vorstand** des Unternehmens im Geschäftsjahr war Herr Ulrich Bühne, Dipl.-Betriebswirt, Bergisch Gladbach.

Dem **Aufsichtsrat** gehörten folgende Personen an :

Herr Dr. Rüdiger Leykam, Rechtsanwalt und Notar, Bremen, Vorsitzender
 Herr Hans-Jörg Simon, Dipl.-Volkswirt, Berlin, stellvertretender Vorsitzender
 Herr Johannes Beelen, Dipl.-Kaufmann, Solingen

Die folgenden Mitglieder des Aufsichtsrates sind in weiteren Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG vertreten:

Herr Simon:
 Vorsitzender Verwaltungsrat der Indexa Inmobiliaria S.A., Madrid

Herr Beelen:
 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Böwe Systec AG, Augsburg
 Vorsitzender des Aufsichtsrats der Meridio AG, Köln
 Mitglied des Aufsichtsrats der Rheinische Grundbesitz AG, Mülheim
 Beirat Jaguar Stahlwarenfabrik GmbH & Co. KG, Solingen
 Beirat Arcos Hermanos S.A., Albacete, Spanien

Angaben über die Gattung von Aktien

Das Grundkapital der Gesellschaft lautet auf Euro 2.607.588,59 und ist eingeteilt in 102.000 Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber.

Satzungsänderung

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29.08.2002 ist die Satzung insgesamt neu gefasst.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 29.08.2007 um bis zu Euro 1.303.794,00 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Bisher wurde von dieser Ermächtigung kein Gebrauch gemacht.

Angabe über das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft, die nach § 41 Abs. 2 S. 1 WpHG i.V.m. § 22 Abs. 1 WpHG i.V.m. § 21 Abs. 1 WpHG i.V.m. § 21 Abs. 2 AktG der Gesellschaft mitgeteilt worden ist

Die Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH, Essen, hat gemäß § 41 Abs. 2 S. 1 WpHG am 01.04.2002 mitgeteilt, das ihr die Mehrheit der Stimmrechte an der Gesellschaft gehören.

Gleichzeitig hat sie mitgeteilt, dass Frau Brita Gerling-Koehne und Herrn Dr. Dr. h.c. Rainer Koehne, Mülheim an der Ruhr, die zu je 50 % an der Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH beteiligt sind, ebenfalls die Mehrheit der Stimmrechte an der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG zustehen. Diese Stimmrechte werden ihnen gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 3 WpHG zugerechnet.

Die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH, Essen, hält insgesamt 81,61 % der Stimmrechte an der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG.

Vergütungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Dem Vorstand und den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurde für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung gewährt, da diese auf ihre Vergütung verzichtet haben.

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

Während des Geschäftsjahres waren im Unternehmen keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Erklärung zum Corporate Governance Kodex

Die Gesellschaft hat am 10.03.2006 die nach § 161 AktG geforderte Erklärung zur Anwendung des Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Bremen, 03.03.2007

Ulrich Bühne, Dipl.-Betriebswirt
- Vorstand -

RWL Verwaltungs- und Beteiligung - AG

Lagebericht zum 31. Dezember 2006

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2006 war weiterhin von der kontinuierlichen Beobachtung des Markt- und Börsenumfeldes gekennzeichnet. Ziel war es dem Gesellschaftszweck entsprechend, eine strategische Neuausrichtung zu planen. Aufgrund des allgemeinen wirtschaftlichen Umfeldes ließ sich diese Neuausrichtung trotz intensiver Bemühungen bisher aber nicht verwirklichen. Die Liquidität der Gesellschaft ist vorläufig sichergestellt; die insolvenzrechtliche Überschuldung zum 31. Dezember 2006 wird durch Darlehen mit Rangrücktrittserklärungen sowie einen Ertragszuschusses mit Besserungsabrede durch den Mehrheitsgesellschafter, die Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH (vormals Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH), Essen, ausgeglichen. In der Besserungsabrede verpflichtet sich die RWL, auf schriftliche Anforderung des Mehrheitsgesellschafters Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH, Essen, den Ertragszuschuss nebst Zinsen von 5% p.a. an die Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH zurückzuzahlen, sobald und soweit sie einen entsprechenden Jahresüberschuss oder Liquiditätsüberschuss erzielt und die Rückzahlung nicht gegen zwingende Regeln des Aktienrechts verstößt.

Der Vorstand hat folgende Schlusserklärung gemäß § 312 AktG abgegeben:

Die Gesellschaft hat nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen zum Nachteil der Gesellschaft sind weder getroffen noch unterlassen worden.

Ausblick

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ereignet. Das nächstliegende Ziel der Gesellschaft ist die Aufbringung des notwendigen Gesellschaftskapitals. Es ist beabsichtigt diese Maßnahme dann in Gang zu setzen, wenn und sobald dies aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten für vertretbar gehalten wird.

Eine Chance sieht der Vorstand in der Einführung der G-REITs (German Real Estate Investment Trusts). Nachdem der Bundestag am 23. März den Weg für Real Estate Investment Trusts frei gemacht hat, hat der Bundesrat am 30. März 2007 ebenfalls dem Gesetz zur Schaffung deutscher Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen rückwirkend zum 01. Januar 2007 verabschiedet. Mit der Ermöglichung von REITs in Deutschland ist die Verknüpfung von Immobilienmarkt und Kapitalmarkt erfolgt.

Die Rückstellungen entsprechen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung und sind nach dem heutigen Kenntnisstand ausreichend bemessen.

Solange der Gesellschaft kein neues Kapital zugeführt wird, hängt die weitere Existenz der Gesellschaft davon ab, dass Ihre laufenden Kosten von außenstehenden Personen getragen werden.

Berlin, im März 2007

Ulrich Bühne

Vorstand

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG, Bremen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Die Mehrheitsgesellschafterin, die Rheinische Grundbesitz Beteiligungs GmbH, Essen, hat in einer Rangrücktrittserklärung vereinbart, dass sie zur Vermeidung einer insolvenzrechtlichen Überschuldung mit ihrer Forderung (€ 201.564,45) insoweit im Rang hinter alle Gläubiger der RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG zurücktritt, als es zur Beseitigung der Überschuldung im Falle einer Insolvenz erforderlich ist. Solange der Gesellschaft kein neues Kapital zugeführt wird, hängt die weitere Existenz der Gesellschaft davon ab, dass ihre laufenden Kosten von außenstehenden Personen getragen werden.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt einzutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Kaiserslautern, 11. Mai 2007

WK

**WIRTSCHAFTSBERATUNGSKANZELI QUELING GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT**

Christoph J. Queling
Wirtschaftsprüfer

Stephan Queling
Wirtschaftsprüfer

RWL Verwaltungs- und Beteiligungs-AG

Bericht des Aufsichtsrats zum 31. Dezember 2006

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr entsprechend seinen gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben die Geschäftsführung der Gesellschaft überwacht. Es haben vier Sitzungen stattgefunden, in denen sich der Aufsichtsrat vom Vorstand über die Lage der Gesellschaft hat unterrichten lassen. Gegenstand der Berichterstattung des Vorstands waren insbesondere die strategische Neuausrichtung der Gesellschaft sowie die Vermögens- und Finanzlage. Auch über die kontinuierliche Beobachtung des Markt- und Börsenumfeldes hat der Aufsichtsrat sich laufend berichten lassen. Ausschüsse des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr 2006 wegen noch nicht vorhandener Geschäftstätigkeit nicht gebildet worden.

Der vom Vorstand für das Geschäftsjahr 2006 aufgestellte Jahresabschluss der Gesellschaft sowie der Lagebericht zum 31.12.2006 sind unter Einbeziehung der Buchführung durch den in der Hauptversammlung am 03.08.2006 gewählten Abschlussprüfer, die WK Wirtschaftsberatungskanzlei Queling GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kaiserslautern, geprüft worden. Der Abschlussprüfer hat keine Einwendungen erhoben und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Jahresabschluss, Lagebericht des Vorstands und Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden in Anwesenheit des Abschlussprüfers eingehend besprochen. Der Aufsichtsrat erhebt nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen und schließt sich dem Ergebnis des Abschlussprüfers an. In seiner Sitzung am 18. Juni 2007 hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 gebilligt. Er ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Dem Aufsichtsrat hat außerdem der Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2006 vorgelegen. Der Bericht ist ebenfalls vom Abschlussprüfer geprüft und mit dem folgenden Bestätigungsvermerk versehen worden:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft. Er stimmt ihm zu, ebenso dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2006.

Mülheim, im Juni 2007

Für den Aufsichtsrat

Dr. Leykam

Vorsitzender